



Debatte zu aktuellen Behinderungen im Flugverkehr

Auf Grund der starken Beeinträchtigungen im Flugverkehr, die durch die vulkanische Aschewolke aus Island in den vergangenen Tagen in ganz Europa hervorgerufen wurden, ist es für viele Europaabgeordnete nicht möglich gewesen, nach Straßburg zu reisen. Der Präsident des Europäischen Parlaments, Jerzy Buzek, verkündete daher zu Beginn der Sitzung am Montag, dass wegen der Reiseeinschränkungen in dieser Plenarwoche keine Abstimmungen stattfinden werden. Die Plenartagungen fanden dennoch statt, wobei die Abstimmungen auf die nächste Sitzung am 5. und 6. Mai verschoben wurden. Im Rahmen einer Sonderdebatte zum Flugverbot begrüßten die politischen Fraktionen im Parlament am Dienstag die Entscheidung der Mitgliedstaaten, den Luftraum teilweise wieder für den Flugverkehr zu öffnen. „Die Testflüge haben gezeigt, dass die Wiederaufnahme des Luftverkehrs sicher ist“, sagte Ferber nach der Sonderdebatte.

Vereinfachung der Gemeinsamen Agrarpolitik

Im Agrarsektor ist der Verwaltungsaufwand für die Landwirte deutlich zu hoch und belastet vor allem die kleineren Familienbetriebe erheblich. Aus

diesem Grund kam es zu Beginn der Plenarwoche zur Aussprache über den Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU. Die Abgeordneten waren mehrheitlich der Auffassung, dass der Verwaltungsaufwand im Agrarbereich bis 2012 um 25% reduziert werden muss. Zudem hält Ferber die Deckelung der Subventionen für Großbetriebe in Europa für notwendig, um bäuerliche Familienbetriebe konkurrenzfähiger zu machen. Auch die Diskussion über den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen ist nach Ansicht Ferbers ein bedeutender Bestandteil der zukünftigen Agrarpolitik. „Die letzte Entscheidung über den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen muss bei den jeweiligen Regionen verbleiben und darf nicht einheitlich von der EU vorgeschrieben werden“, forderte Ferber.

Parlament debattiert über Haushaltsentlastung 2008

Am Mittwoch haben die Europaabgeordneten über die Ausgaben der EU im Jahr 2008 debattiert um Anfang Mai darüber zu entscheiden, ob es sich mit der Haushaltsführung der EU-Institutionen und Agenturen einverstanden erklärt und ihnen die Haushaltsentlastung für 2008 gewährt.

Der Haushaltskontrollausschuss hat den Institutionen Empfehlungen für eine bessere Ausgabenkontrolle unterbreitet und vorgeschlagen, mit Ausnahme des Ministerrats und der Europäischen Polizeiakademie sämtliche Entlastungen zu erteilen. 20% der Haushaltsmittel werden direkt von den Kommissionsbeamten verwaltet, der größte Teil wird von Behörden und Agenturen in den Mitgliedsstaaten ausbezahlt. Ferber unterstrich vor allem die Transparenz bei der Verwendung der EU-Mittel: „Es ist wichtig, dass die Bürgerinnen und Bürgern nachvollziehen können, wie die Mittel verwendet werden.“

Arbeitsprogramm der Kommission für 2010

Die EU-Kommission hat ihr Arbeitsprogramm für 2010 vorgestellt und dabei das Hauptaugenmerk auf die Bewältigung der Krise unter Wahrung sozialer und marktwirtschaftlicher Aspekte gelegt. Ferner will sie verstärkt die Bürger in den Fokus ihrer Politik rücken und ihre außenpolitischen Ziele, darunter der Aktionsplan für Millenniums-Entwicklungsziele, auf eine globale Reichweite ausrichten. „Dem vorgestellten Programm müssen nun auch Taten folgen. Dabei ist die Kommission auf enge Kooperation mit dem Parlament angewiesen“, so Ferber.